

Kurze Anleitung zur Wahl der Vertrauenspersonen

Die Vertrauenspersonen haben die Interessen der von ihnen zu vertretenen Zivildienstleistenden gegenüber der Einrichtung bzw. Einsatzstelle und deren Rechtsträger, soweit sie den Dienstbetrieb betreffen, zu wahren und zu fördern. Sie unterstützen die Zivildienstleistenden bei der Durchsetzung ihrer Wünsche und Beschwerden. Die Vertrauenspersonen werden aus dem Kreis der Zivildienstleistenden gewählt.

Die näheren Bestimmungen für die Wahl dieser Vertrauenspersonen sind in der **Vertrauenspersonen – Wahlordnung - VP- WO**, BGBl. II 440/2005, geregelt.

Sofern bei einer anerkannten Einrichtung bzw. Einsatzstelle mindestens **fünf Zivildienstleistende** unmittelbar eingesetzt werden, sind eine **Vertrauensperson** und ein **Stellvertreter (ab 20** eingesetzten Zivildienstleistenden **zwei Stellvertreter)** zu wählen. Sind bei einer Einrichtung eine oder mehrere Einsatzstellen anerkannt, so sind in jeder von diesen Vertrauenspersonen (Stellvertreter) zu wählen. Eine gemeinsame Vertretung für die der Einrichtung insgesamt zugewiesenen Zivildienstleistenden (Zentralvertretung) ist nicht vorgesehen.

Der **Wahltag** ist vom Rechtsträger der Einrichtung so zu bestimmen, dass die Wahl spätestens fünf Wochen nach den von der Zivildienstserviceagentur festgelegten, allgemeinen Zuweisungsterminen (1. Februar., 1. Juni und 1. Oktober) stattfinden kann. Beginn, Dauer und Ort der Wahl sind vom Rechtsträger an einer für alle Zivildienstleistenden zugänglichen Stelle so kundzumachen, dass jeder Wahlberechtigte von seinem Wahlrecht Gebrauch machen kann.

Alle Zivildienstleistenden bei den Einrichtungen bzw. Einsatzstellen sind wahlberechtigt. Als **Stichtag** für die Feststellung der Wahlberechtigung gilt der jeweils elfte Tag vor dem Wahltag. Jedem Wahlberechtigten steht es frei, dem Wahlleiter einen Kandidaten für die Wahl der Vertrauensperson vorzuschlagen.

Die Einrichtung bzw. Einsatzstelle hat für die Durchführung der Wahl bis spätestens zum Stichtag eine **Wahlkommission** einzurichten. Der **Vorsitzende** der Wahlkommission (Wahlleiter) ist der an Lebensjahren älteste Zivildienstleistende der Einrichtung bzw. Einsatzstelle oder im Falle seiner dauernden Verhinderung der nächstälteste Zivildienstleistende. **Weitere Mitglieder** der Wahlkommission sind die/der Leiter/in der Einrichtung oder ein(e) Stellvertreter(in) sowie ein weiterer Zivildienstleistender der Einrichtung bzw. Einsatzstelle.

Der Rechtsträger der Einrichtung hat eine **Wählerliste** zu erstellen und der Wahlkommission unverzüglich nach dem Stichtag, spätestens jedoch am neunten Tag vor dem Wahltag vorzulegen. Die Liste ist im Wahlbereich an einer allgemein zugänglichen Stelle aufzulegen. In der Wählerliste sind alle Zivildienstleistenden, die am Stichtag wahlberechtigt sind, in alphabetischer Reihenfolge ihrer Familien- und Vornamen und mit ihrem Geburtsdatum einzutragen.

Die Wahlkommission ist zuständig für den Abschluss bzw. die Bekanntgabe der Wahlvorschläge und für die Durchführung der Wahl. Weiters hat sie Protokolle über die Sitzungen der Wahlkommission, den Wahlvorgang und die von ihr durchzuführende Stimmzählung zu erstellen. Auch ist sie für die Übergabe aller Unterlagen an die Bezirksverwaltungsbehörde sowie für eine zeitgerechte Übermittlung der Wahlvorschläge und Stimmzetteln an jene Wahlberechtigten, die von der Ausübung ihres Wahlrechtes mittels **Briefwahl** Gebrauch machen wollen, verantwortlich.

Ein abgegebener **Stimmzettel ist gültig**, wenn aus ihm eindeutig hervorgeht, welchem wählbaren Zivildienstleistenden der Wähler seine Stimme geben wollte.

Der gewählten Vertrauensperson steht es frei, die Wahl anzunehmen. Lehnt sie die Wahl ab, so gilt der (erste) Stellvertreter als Vertrauensperson. Sein Stellvertreter ist derjenige, der die nächstniedrigere Stimmenanzahl aufweisen kann.

Das Wahlergebnis ist von der Wahlkommission zu protokollieren und zu unterschreiben. Das Ergebnis ist von ihr an einer allgemein zugänglichen Stelle zu veröffentlichen.

Der Landeshauptmann, die Bezirksverwaltungsbehörde sowie die Zivildienstserviceagentur sind vom Rechtsträger der Einrichtung unverzüglich vom Ergebnis der Wahl in Kenntnis zu setzen.

Die Gültigkeit der Wahl kann binnen zwei Wochen ab Kundmachung bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde mittels eines begründeten Einspruchs angefochten werden.

Zur Anforderung der für die Wahl notwendigen Formulare sowie für eventuelle Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter der Telefonnummer 01/ 585 47 09 – 5821 zur Verfügung.